



Vereinigung beratender
Betriebs- und Volkswirte e. V.

VBV - Bundesgeschäftsstelle • Postfach 55 10 21 • 22570 Hamburg

Bundesgeschäftsstelle

✉
Postfach 55 10 21
22570 Hamburg

Blütenweg 12
22589 Hamburg

Tel.: 040 / 8980 7018
Fax: 040 / 8980 7019

www.vbv.de
info@vbv.de

Information und Anmerkungen

zum Thema

06.10..2008

..... IKB- KfW 10,3 Mrd. €, HRE 50 Mrd. €, US-Rettungspaket 700 Mrd. \$
Finanzmarktkrise und das Prinzip der "Gemeinwohldienlichkeit"

Sehr geehrte Kolleginnen,
Sehr geehrte Kollegen,

nachfolgend ein Beitrag des DLF. Obwohl eine Woche alt, ist dieser aktuell und lesenswert. Daran anschließend finden Sie einige kommentierende Anmerkungen. Hier der Text:

dradio.de

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/themenderwoche/852819/>

[THEMEN DER WOCHE](#)

27.09.2008 · 13:10 Uhr

Mit einem Strohhalm gegen den Kollaps?

Zähes Ringen um die Rettung des US-Amerikanischen Finanzsystems

Von Klaus Remme, Korrespondent Washington

Wäre es doch nur nicht so ernst. Man könnte die Bilder der Woche in Washington als ganz großes Polit-Theater genießen. Ein politisch bankrotter Präsident, der sich schon vor der Wahl beide Kandidaten ins Weiße Haus holt, ein Finanzminister, der auf Knien vor der Oppositionsführerin um Zusammenarbeit bittet.

Dazu der Soundtrack der Wall Street mit Zusammenbrüchen hier und da und als Hintergrund 700 Milliarden Dollar, um deren Verteilung alle streiten, auch wenn sie eigentlich keiner hat und das Geld geliehen werden muss. Dass diese Krise wenige Wochen vor den Wahlen eskaliert und zum Handeln zwingt ist ein Fluch. Finanzminister Henry Paulson und Notenbankchef Ben Bernanke mögen das

Vorstand:

*Vorsitzender: Dr. Gunter Riechey, Stellvertretende Vorsitzende: Dipl.Bw. Peter Fitz, Dipl. Vw. Wolfram Müller, Dipl.rer.pol. Richard Schwarz
Geschäftsstellenleitung: Dipl.Vw. Wolfram Müller*

Vereinsregister Wuppertal 1415

Bankverbindung:
Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto-Nr. 1265 156073

langfristige Wohl des Landes im Auge haben. Alle anderen Akteure sind gefangen im Wahlkampf, der andere Prioritäten kennt.

700 Milliarden sind möglicherweise eine fiskalpolitische Weichenstellung, doch diese konkurriert mit der politischen Grundsatzentscheidung die am 4. November getroffen wird. Auch wenn beide Präsidentschaftskandidaten den gleichen Gesetzen unterliegen. Sie haben sich mehr oder weniger dagegen gestemmt. John McCain mehr, er hat sein eigenes Motto: Zuerst ans Land denken, nach der Nominierung Sarah Palins zum zweiten Mal binnen weniger Wochen grob verletzt. Seine Erklärung, den Wahlkampf vorübergehend einzustellen um sich in Washington an der Suche nach einer Lösung zu beteiligen, war von Anfang an fadenscheinig. Seine Forderung, die Präsidentschaftsdebatte zu verschieben war noch absurder. Er war es, der im Gespräch mit George Bush das merkwürdige Krisentreffen im Weißen Haus angeregt hat und er war es, der bei diesem Treffen kaum ein Wort gesagt hat.

John McCain hat den Wahlkampf nach Washington getragen und die ohnehin schwierigen Verhandlungen über das Rettungspaket belastet. McCain brauchte nach mehreren Fehlritten während der letzten zwei Wochen einen Erfolg. Er hat mit seinem Washington-Manöver wie im Fall Palin auf Risiko gesetzt. Diesmal ist das schief gegangen. Seine Entscheidung, in Abwesenheit einer Einigung dann doch gestern an der Debatte teilzunehmen, ist ein weiteres Indiz für einen Zick-Zackkurs, den sich im Weißen Haus niemand wünschen sollte. Während Barrack Obama klare Kriterien für seine Zustimmung aufgestellt hat und die Verhandlungen den zuständigen Senatoren der jeweiligen Ausschüsse überlässt, wissen wir noch immer nicht, was John McCain eigentlich will.

Anfangs war Unterstützung für die staatliche Intervention zu erkennen. Am Donnerstag schien er sich mit den Republikanern im Repräsentantenhaus einig, die vom Einsatz der Steuergelder gar nichts wissen wollen. Die Verhandlungen über eine Rettung des Finanzsektors gehen indes weiter. Die Republikaner werden ihre jüngste Blockadepolitik nicht durchhalten können. Die Krise erzwingt eine schnelle Antwort und die Demokraten werden ein beim Wähler derart unbeliebtes Paket nicht allein durchpauken, noch dazu wo die Verantwortung in erster Linie beim politischen Gegner liegt. Finanzminister Paulson und Notenbankchef Ben Bernanke beschreiben ihren Plan seit einer Woche als alternativlos. Vielleicht ist das so. Doch die Skepsis der Senatoren und Abgeordneten ist nachvollziehbar.

Paulson und Bernanke haben in den vergangenen Monaten im Kongress und anderswo viel erzählt, sie haben vor allem beruhigt, ja beschwichtigt. Ihr Vertrauensvorschuss ist auf Null gesunken. **Und auf die entscheidenden Fragen konnten beide bisher keine überzeugende Antwort geben: Wird der Einsatz von 700 Milliarden Dollar das Problem lösen und was soll getan werden, wenn sich abzeichnet, dass dem nicht so ist? Schweigen im Walde.** Verständlich also, wenn die Politiker nach Alternativen fragen und diese selbst analysieren wollen. Als Trio beschwören Paulson, Bernanke und George Bush ein Horrorszenario, falls sich der Kongress nicht schnell zum Handeln entschließt. Der Untergang der Wall Street am Montag ist alles andere als ausgemacht.

Die letzten Handelstage haben gezeigt: Allein die Aussicht auf ein Ergebnis beruhigt die Börsianer. Und es gibt eine andere Art von Zeitdruck: Eigentlich wären die Kongressabgeordneten schon gar nicht mehr in Washington. Die überwiegende Mehrheit steckt selbst in Wahlkämpfen für den 4. November. Das verstärkt einerseits die Neigung, die Banken leer ausgehen zu lassen, andererseits werden sich die Politiker ihren Wählern auch nicht mit leeren Händen nähern können. Und deshalb wird das Paket kommen, mit Unterstützung von Demokraten und Republikanern.

© 2008 Deutschlandradio

Soweit der Text vom 27.09.2008.

Nachfolgend einige Anmerkungen:

Der letzte Satz hat sich inzwischen am 03.10.2008 als richtig bewahrheitet. Nach meiner Auffassung sind die 700 Mrd. \$ allerdings im günstigsten Fall die Hälfte, vermutlich aber eher nur 10% bis 20% des tatsächlichen Volumens faktisch wertloser Verbriefungsprodukte. Angesichts der tatsächlichen Disproportionen könnte auch dies sich als noch zu „optimistisch“ erweisen

Per Dezember 2007 hat laut IWF das Volumen der außerbörslich gehandelten Finanzderivate unvorstellbare **596.000 Mrd. \$** betragen. Der Wert der weltweit produzierten Güter und Dienstleistungen (Bruttoinlandsprodukt weltweit) summierte sich zum selben Zeitpunkt auf **54.312 Mrd. \$**. Die Spekulationsblase beläuft sich somit auf mehr als das zehnfache der weltweiten realwirtschaftlichen Wertschöpfung.

In Erklärungsversuchen hierzu wird in jüngster Zeit die Schuld bei den „Märkten“ gesehen, die zu „Übertreibungen“ neigten. Nur sind auch die Finanzmärkte nichts anderes als die Summe der darin interagierenden Marktteilnehmer, letztendlich also stets natürliche Personen. Deren Handlungs- und Verhaltensspektrum in diesen Märkten wiederum wird maßgeblich determiniert vom Vorhandensein oder der Abwesenheit dort selbst gültiger und wirksamer Regeln, sowie den Werthaltungen und Einstellungen der beteiligten Akteure.

Wenn von Gier, Größenwahn, individueller und kollektiver Verantwortungslosigkeit getriebene Finanzalchemisten mit dem Prinzip "Kettenbrief" und blankem Zocken aus Stroh Gold machen wollen, ruinieren sie völlig vorhersehbar die eigenen Existenzgrundlagen. Das fatale daran ist allerdings nicht dieser Aspekt, sondern die daraus folgenden zerstörerischen Wirkungen für die Realwirtschaft und die in und von dieser lebenden Menschen und den von diesen finanzierten Staaten.

Gegenwärtig erleben wir mit der Implosion des sogenannten "Investmentranking" nicht mehr und nicht weniger als den Zusammenbruch maßgeblicher Säulen der Herrschaft / Diktatur der Finanzmärkte über die Realwirtschaft. Deren Kollaps ist zugleich der Ausdruck des Scheiterns der maßgeblich auf Milton Friedman zurückgehenden Marktfundamentalistischen Ideologie umfassender Deregulierung der Märkte und weitgehendster Entstaatlichung, die ab 1982 unter Präsident Regan in den USA zur Staatsdoktrin erhoben wurde. Auch in anderen westlichen Staaten wurden die als Neoliberalismus bezeichneten Auffassungen zur allgemeinen

Glaubenslehre. Deren sich abzeichnender Bankrott zeitigt weitreichende Folgen. Die Orientierungs- Konzept- und Fassungslosigkeit der Funktions- und Verantwortungseliten ist augenscheinlich.

Dies scheint mir der Zeitpunkt zu sein, das Prinzip der "Gemeinwohldienlichkeit" als der unabdingbaren Grundlage des Handelns des Einzelnen und gesellschaftlicher Organisationen und Institutionen wieder zum Gegenstand der Diskussion zu machen. Die diesbezüglichen Vorstellungen z.B. im altägyptischen "Ma`at", bei Konfuzius und bei Goethe sind im Hinblick auf die vorgenannten Entwicklungen und Verhältnisse offensichtlich aktueller denn je.

Eine vergleichende Darstellung hierzu findet sich in dem Buch "Ma`at,, Konfuzius, Goethe - Drei Lehren für das richtige Leben". In einem Beitrag im Deutschlandradio vom 06.06.2006 heißt es dazu (Zitat):

Der Untertitel ist eher plausibel. Es geht tatsächlich um drei Lehren für das richtige Leben. Als "richtig" zu beurteilen ist ein Menschenleben, das dem Wohl der Gemeinschaft dient und auf diesem Wege auch sich selbst.

Hier handelt es sich um eine vergleichende Darstellung, von drei Professoren verfasst: einem Ägyptologen, einem Sinologen und einem Politikwissenschaftler. Verglichen haben sie die altägyptische Lehre vom guten Staat mit der altchinesischen Staats- und Weisheitslehre des Konfuzius und den politischen Idealen eines Johann Wolfgang Goethe, einst Staatsminister im Fürstentum zu Weimar.

Deshalb werden Dinge verglichen, die schwer zu vergleichen sind. Ägypten war eine Sklavenhaltergesellschaft, im alten China gab es ein strenges Kastensystem, da wäre einer wie Goethe niemals Minister geworden. Aber eines ist unumstritten, und das belegen die Autoren recht eindrucksvoll: Die altägyptischen Weisen und auch der Chinese Konfuzius hatten politischen Ideen, die sich in der Praxis bewährt haben. Immerhin hatte das Reich der Pharaonen rund 3000 Jahre Bestand, das chinesische Kaiserreich rund 2000 Jahre.

Und was Goethe betrifft: Der hatte zumindest ein paar politische Träume, die Weimarer Realität war freilich eine andere Sache, die den politischen Idealen der alten Weisen erstaunlich nahe kamen.

Regel Nummer eins für alle Staatsbürger: Jeder trägt Verantwortung für das Ganze, "Ich bin ein unpolitischer Mensch", eine solche Gesinnung ist wider die Pflicht, sagt Konfuzius.

Diese Auffassung gab es übrigens auch in der griechischen Polis: im Athen des Perikles wurden Bürger ausgewiesen, wenn sie sich für "unpolitisch" erklärten. Damals war so ziemlich allen Bürgern klar: Man kann nicht nur Nutznießer des Gemeinwesens sein, man muss auch etwas dafür tun.

Regel Nummer zwei: Nur die Besten werden Politiker. Im alten China gab es keine erbliche Monarchie, der Kaiser wurde gewählt. Und die Besten sind nicht etwa diejenigen, die am besten reden können. Da passiert viel Bluff, das wusste Konfuzius genauso gut wie Goethe. Beide warnen vor dem "eitlen Schwätzer". Sondern Leute mit Talent und Charakter. Solche, die wirklich gewillt sind, ihre privaten Interessen zurückstellen und in erster Linie der Gemeinschaft zu dienen."

Und selbstverständlich gilt: wer andere regieren will, der muss zuvor bewiesen haben, dass er sich selbst regieren kann: " Denn jeder, der sein inneres Selbst nicht zu regieren weiß, regierte gar zu gern des Nachbars Willen, dem eigenen stolzen Sinn gemäß", heißt es in Goethes "Faust".

(Ende des Zitats)

Diese Ideen und Regeln scheinen mir höchst diskussionswürdig und aktuell. Die Finanzmarktkrise ist nach meiner Auffassung sowohl in ihrem Kern, als auch in ihren Weiterungen und Wirkungen auch eine Krise der Werthaltungen der darin und um diese herum agierenden Funktions- und Verantwortungseliten. Sollen die notwendigen Schlussfolgerungen zu den Ursachen der Entwicklungen an den Finanzmärkten gezogen, und nachhaltig tragfähige Orientierungen künftigen Handelns gefunden werden, bedarf es hierzu der unverzüglichen Aufnahme eines umfassenden und intensiven Diskurses. Die tagesaktuellen Probleme aus den bevorstehenden Weiterungen der Krise, und damit einhergehender Aktionismen, dürfen dem nicht entgegenstehen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfram Müller

Dipl Volkswirt Wolfram Müller
Stellv. Vorsitzender